



Von Günter Born

»Einzelkämpfer der Erinnerung«?

Eine kurze Entstehungsgeschichte der NS-Gedenkstätten in NRW

Die US-Einheiten, die am 2. April 1945 die Kontrolle über das im Mai 1941 von der Wehrmacht im ostwestfälischen Stukenbrock errichtete Kriegsgefangenenlager Stalag 326 übernahmen, sahen sich mit erschütternden Zuständen konfrontiert. Die Soldaten stießen auf rund 9.000 größtenteils unterernährte Inhaftierte, die unter katastrophalen hygienischen Bedingungen ihre Befreiung herbeigesehnt hatten. Zudem entdeckten die Amerikaner 36 Massengräber, in denen die Wachmannschaften des Stalag mehrere tausend ermordete, verhungerte oder an Krankheiten verstorbene Kriegsgefangene verscharrt hatten.

Bereits einige Tage nach der Befreiung begann eine Gruppe von Überlebenden mit der Errichtung eines Mahnmals, das an die Opfer des Lagers erinnern sollte. Am 2. Mai 1945 wurde ein zehn Meter hoher Obelisk eingeweiht. Die ikonografische Aus-

gestaltung des Mahnmals verwies darauf, dass unter den zu Tode gekommenen die sowjetischen Kriegsgefangenen die größte Gruppe bildeten. So schmückten drei rote Sterne die obere Hälfte des Obeliskens, auf dessen Spitze zudem eine rote Fahne wehte. In den folgenden Tagen kennzeichneten die ehemaligen Gefangenen die anonymen Massengräber, pflanzten Bäume und legten Wege durch das Gelände an.

Mit der Ausgestaltung dieses Kriegsgefangenenfriedhofs entstand noch vor der Kapitulation des Deutschen Reiches einer der ersten Gedenkorte für NS-Opfer auf dem Gebiet des heutigen NRW. Während der 1950er Jahre, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, ließ jedoch das Innenministerium NRW die rote Fahne vom Mahnmal in Stukenbrock entfernen. Ebenso wurde im Jahr 1963 ein Gedenkstein auf dem Friedhof der nahe gelegenen Gemeinde Schloß

Holte, der an dort beerdigte sowjetische Kriegsgefangene erinnerte, beseitigt und durch ein Denkmal für die deutschen Vertreibungsoffer ersetzt. 1970 zog schließlich die Landespolizeischule auf das Gelände des früheren Stalags. Dagegen stießen Geschichtsinitiativen, die erstmals in den späten 1960er Jahren zaghafte Versuche unternahmen, die Geschichte dieses „vergessenen Lagers“ im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, nicht selten auf Ressentiments. Es gelang daher erst im Juni 1996, eine allgemein zugängliche „Dokumentationsstätte“ zu eröffnen.

Die hier skizzierte Nachkriegsgeschichte des Stalag 326 kann als charakteristisch für den erinnerungskulturellen Umgang mit den Stätten nationalsozialistischer Verbrechen in NRW gelten. Zwar existieren mittlerweile mehr als 20 Gedenkstätten, Lern- und Erinnerungsorte, die an historisch „authentischen“ Schauplätzen eine

wissenschaftliche, pädagogische oder emotionale Beschäftigung mit unterschiedlichen Aspekten des Nationalsozialismus ermöglichen sollen. Die verglichen mit anderen Bundesländern plurale und dezentrale erinnerungskulturelle Landschaft entwickelte sich jedoch erst seit den 1980er Jahren in teilweise bis heute andauernden Auseinandersetzungen. Die Kontroversen um die historischen Orte nationalsozialistischer Verbrechen in NRW verliefen in vier Etappen.

Nachholende Trauer und „Friedhofsruhe“

Die Bemühungen, an die Opfer der NS-Verbrechen zu erinnern, setzten nicht nur in Stukenbrock bereits in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs ein. So entstanden, in der Regel auf Initiative der überlebenden Opfer, provisorische Mahnmale und Friedhofsanlagen, etwa in der Nähe des ehemaligen Stalag VI A in Hemer und

in Niedernhagen, wo die SS im Schatten der Wewelsburg zwischen 1939 und 1943 ein KZ betrieben hatte. Ebenso wurden in einigen Städten meist unauffällige Gedächtnisorte in Form kleinerer Denkmäler oder schlichter Gedenktafeln geschaffen. Als ein Beispiel für diese in der Nachkriegszeit gesetzten Erinnerungszeichen kann der im Jahr 1949 vor der Alten Synagoge in Essen aufgestellte Sarkophag gelten, der bis 1981 die allgemein gehaltene Inschrift trug: „Mehr als 2.500 Juden der Stadt Essen mussten in den Jahren 1933 bis 1945 ihr Leben lassen.“

Dennoch erfüllten, wie die Historikerin **Angela Genger** betont, die ersten Gedenkorte für die Opfer des NS-Regimes eine wichtige Funktion: „Den Überlebenden dienten sie als symbolische Ersatzorte für persönliches Gedenken an ihre Angehörigen, denen ein würdevolles Begräbnis versagt geblieben war.“ Die erste Etappe des erinnerungskulturellen Umgangs mit den NS-Verbrechen lässt sich aus der Perspektive der überlebenden Opfer als eine Phase nachholender Trauer unter dem Eindruck des unmittelbar zuvor Geschehenen beschreiben.

Die Haltung des überwiegenden Teils der deutschen Gesellschaft war indessen von Schuldabwehr und Verdrängung geprägt. Die 1950er Jahre entwickelten sich zu einer Phase intensiver „Vergangenheitspolitik“, die auf eine „Bewältigung der NS-Bewältigung“ (**Norbert Frei**) abzielte. Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus geriet endgültig zur „unerwünschten Erinnerung“.

Zahlreiche der in der unmittelbaren Nachkriegszeit errichteten Mahnmale wurden beseitigt oder umgewidmet. In Hemer hatte man bereits im Jahr 1949 Gräberfelder, in denen sowjetische Kriegsgefangene beigesetzt worden waren, vollständig anonymisiert. Diese Maßnahmen spiegelten deutlich den gesellschaftlich weit verbreiteten Antikommunismus wider, dokumentierten aber auch die für

diese zweite Phase der „Vergangenheitsbewältigung“ buchstäbliche „Friedhofsruhe“ (**Thomas Lutz**) in der erinnerungskulturellen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Zwischen „Rückkehr der NS-Vergangenheit“ und „zweiter Verdrängung“

Der vielfach herbeigesehnte Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit blieb jedoch aus. Seit dem Ende der 1950er Jahre zeichneten sich erste Konturen einer entstehenden kritischen Zivilgesellschaft ab. Teile der Medien, aber auch studentische Initiativen skandalisierten die allenthalben zu beobachtenden personellen Kontinuitätslinien zwischen dem „Dritten Reich“ und der jungen Bundesrepublik. Der Eichmann-Prozess in Jerusalem (1961), der Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965) oder das Wuppertaler Bialystock-Verfahren (1967/1968), in dem sich 14 ehemalige Angehörige des Polizeibataillons 309 wegen der Ermordung mehrerer hundert Jüdinnen und Juden im Sommer 1941 verantworten mussten, machten auf die Dimensionen der NS-Verbrechen aufmerksam. Zudem bewirkte die Zunahme extrem rechter Aktivitäten die „Rückkehr der NS-Vergangenheit“ in die geschichts- und vergangenheitspolitischen Diskurse. Rund 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes wurden nun die Forderungen lauter, die schulische wie außerschulische historisch-politische Bildung zum Nationalsozialismus zu verstärken.

In diesem Kontext erfolgte die Errichtung der ersten NS-Gedenkstätten in NRW. Am 1. September 1962 wurde die von der Stadt Oberhausen getragene Gedenkhalle Schloss Oberhausen eröffnet, deren Kern bis heute eine Dauerausstellung zur „ehrenden und mahnenden Erinnerung an die Oberhausener Opfer des Faschismus“ bildet. Jedoch blieb diese Gedenkhalle über zwei Jahrzehnte hinweg die einzige NS-Gedenkstätte in NRW. Weder das Land noch die Kommunen konn-



ten sich dazu entschließen, weitere Lern- und Erinnerungsorte zu schaffen.

„Grabe, wo du stehst“ – Auf den Spuren verschütteter Geschichte

Eine intensive Aufarbeitung der NS-Verbrechen auf lokaler Ebene setzte erst Ende der 1970er Jahre ein, maßgeblich getragen von den an zahlreichen Orten entstehenden Geschichtswerkstätten. Ausgehend von dem Motto „Grabe, wo du stehst“ begannen überall in der BRD, besonders aber in NRW, lokale Initiativen, die sich oftmals als Teile der gesellschaftskritischen Neuen Sozialen Bewegungen verstanden, zur Geschichte der vergessenen bzw. verdrängten Opfer des NS zu forschen. Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit „vor Ort“ verlief freilich oftmals höchst kontrovers. Nicht selten zogen sich die „Einzelkämpfer der Erinnerung“ (**Alfons Kenkmann**) den Vorwurf der „Nestbeschmutzung“ zu. Andererseits erreichten am Ende der 1970er Jahre die Debatten um die Partizipation der deutschen Gesellschaft an den NS-Verbrechen eine neue Intensität. In NRW fanden besonders der Lischka-Prozess in Köln (1979) und der Düsseldorfer Majdanek-Prozess (1975-1981) große Beachtung. Gleichzeitig verstärkten die Geschichtsinitiativen „von unten“ gemeinsam mit NS-Opferverbänden ihre Bemühungen, an den „authentischen“ Orten nationalsozialistischer Verfolgung Dokumentations- und Gedenkstätten einzurichten. Auf Unterstützung von staatlicher Seite konnten sie dabei in den wenigsten Fällen hoffen.

In NRW resultierte die Einrichtung zahlreicher NS-Gedenkstätten während der 1980er und 1990er Jahre somit in erster Linie aus dem Beharrungsvermögen lokaler und regionaler Geschichtsinitiativen. Am 9. November 1980 wurde in Essen die Alte Synagoge als „städtische Mahn- und Gedenkstätte“ und „historisch-politisches Dokumentationsforum“ eröffnet. Die dort gezeigte Dauerausstel-



Mahnmal in Stukenbrock, Steinwache in Dortmund, Alte Synagoge in Essen

lung „Verfolgung und Widerstand in Essen 1933-1945“ erwies sich als beispielgebend, regte sie doch eine Reihe ähnlicher Ausstellungsprojekte in anderen NRW-Städten an.

Im März 1982 präsentierte das Kreismuseum Wewelsburg erstmals eine Dauerausstellung, die sich zum einen der Nutzung der Wewelsburg als „Kultstätte der SS“ widmete, zum anderen die Geschichte des nahe gelegenen KZ Niedernhagen thematisierte. In Düsseldorf wurde im Jahr 1987 in dem Gebäude, in dem 1933 / 1934 das Polizeipräsidium untergebracht gewesen war, eine städtische „Mahn- und Gedenkstätte“ eingerichtet. 1988 eröffnete nach jahrelangen Diskussionen und hartnäckigem bürgerschaftlichen Engagement das „NS-Dokumentationszentrum zur Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus in Köln“ im EL-DE-Haus am Appellhofplatz, dem ehemaligen Sitz der Gestapo-Zentrale für den Regierungsbezirk Köln.

Während der 1990er Jahre wurden weitere Gedenkstätten an früheren Schauplätzen und Schnittstellen nationalsozialistischer Verfolgung eingerichtet; so etwa die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund (1992) oder der Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster (1999). Daneben entstanden Museen und Gedenkstätten an ehemaligen Orten jüdischen Lebens. Beispielsweise 1991 in Krefeld (Villa Merländer), 1992 in Dorsten (Jüdisches Museum Westfalen) oder 1994 in Wuppertal (Begegnungsstätte

„Alte Synagoge“). In Stukenbrock, Hemer, Soest und Rösrath erinnern mittlerweile Dauerausstellungen an das Schicksal der dort während des Zweiten Weltkriegs internierten Kriegsgefangenen. Um die Vernetzung dieser dezentral entstandenen Gedenkstätten, Lern- und Erinnerungsorte zu fördern, konstituierte sich im Jahr 1994 der Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in NRW.

Die Zukunft der Gedenkstätten

Die rasante Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft in NRW besonders seit dem Beginn der 1990er Jahre mag als eine, wenn auch späte, „Erfolgsstory“ erscheinen. Dennoch bleibt die Zukunft der meisten NS-Gedenkstätten angesichts der sich gegenwärtig vollziehenden erinnerungskulturellen Umbrüche ungewiss. In den nächsten Jahren werden mindestens fünf Problemfelder die Formen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an Lern- und Erinnerungsorten kennzeichnen.

Erstens wird bereits seit einiger Zeit darüber diskutiert, wie die Geschichte nationalsozialistischer Verbrechen künftig in NS-Gedenkstätten vermittelt werden soll. Über Jahrzehnte hinweg waren es vor allem die überlebenden NS-Opfer, die die Erinnerung an das Geschehene bewahrten und weiter trugen. Die Aura der Gedenkstätten resultierte aus der Präsenz der Zeitzeugen, die am „authentischen Ort“ über ihre Erfahrungen berichteten konnten. Das sich abzeichnende Ende

eben jener Zeitzeugenschaft stellt daher wohl das gravierendste Merkmal des „erinnerungspolitischen Gezeitenwechsels“ dar. In diesem Kontext mehren sich die Stimmen, die eine Aus- und Umgestaltung der NS-Gedenkstätten zu zeithistorischen Museen fordern. Das Musealisierungspostulat ist freilich nicht unumstritten, sehen Kritiker darin doch Ansätze zu einer Historisierung des Nationalsozialismus, die der „fortbestehenden Abwehr gegenüber der Erinnerung“ weiter Vorschub leisten könnte.

Zweitens kreisen die Diskussionen um den erinnerungskulturellen Umgang mit historischen Stätten, die in der Zeit des NS der propagandistischen Repräsentation des Regimes dienten und sich nunmehr zu Zielen eines oftmals zweifelhaften Geschichtstourismus entwickelt haben. In NRW trifft dies vor allem auf die Wewelsburg und die ehemalige NS-Ordensburg Vogelsang in der Eifel (vgl. *LOTTA #24, S. 4 ff.*) zu, wo es darauf ankäme, einerseits die von den Nationalsozialisten intendierte „Aura“ dieser Orte zu brechen, ohne sie andererseits zu banalisieren. Ein schwieriges Unterfangen, wie sich am Beispiel der Wewelsburg, die bis heute einen Anziehungspunkt für extrem Rechte darstellt, zeigen ließe. Hingegen läuft die touristische Erschließung der Burg Vogelsang erst an. Die Planungen, die neben einer (begrüßenswerten) Dokumentation zur Geschichte des Ortes erlebnisgastronomische Einrichtungen und alberne Leuchtinstallationen vorsehen, geben allerdings zu schlimmsten Befürchtungen Anlass.

Drittens ist umstritten, welche geschichtspolitische Funktionen NS-Gedenkstätten in Zukunft wahrnehmen sollen. War deren Einrichtung oftmals in expliziter Abgrenzung zur hegemonialen Erinnerungskultur der Bundesrepublik von NS-Opferverbänden und gesellschaftskritischen Geschichtsinitiativen erkämpft worden, scheinen die Gedenkstätten seit der Wiedervereinigung ihre politische Anstößigkeit verloren zu haben. Un-

übersehbar ist deren ständige Gradwanderung zwischen der Zurückweisung jeglicher Form politischer Einflussnahme und den mannigfaltigen Sachzwängen, denen die oftmals unter schwierigen finanziellen und personellen Bedingungen arbeitenden Einrichtungen ausgesetzt sind. Als schwerwiegendes Manko erweist sich in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass eine gesellschaftskritische Geschichtswerkstättenbewegung, wie sie während der 1970er und 1980er Jahre bestanden hatte, schlechterdings nicht mehr existiert.

Viertens wird die finanzielle Absicherung der meisten Gedenkstätten auch in Zukunft prekär bleiben. In NRW befinden sich die Gedenkstätten überwiegend in kommunaler Trägerschaft. Vereinzelt werden Lern- und Erinnerungsorte, wie etwa das Aktive Museum Südwestfalen in Siegen oder das von der VVN eingerichtete Dokumentationszentrum Wilhelmine Struth / Mathias Thesen in Duisburg auch von Vereinen unterhalten. Eine übergreifende vom Land getragene Gedenkstättenstiftung existiert anders als beispielsweise in Sachsen nicht. Diese Situation birgt Vor- und Nachteile. Einerseits bleiben die Möglichkeiten geschichtspolitischer Einflussnahme auf die Arbeit der Gedenkstätten vergleichsweise begrenzt. Andererseits dient den Kommunen der Verweis auf ihre desolate Haushaltslage nicht selten als Vorwand, die ohnehin schon bescheidenen Budgets der Einrichtungen drastisch zu beschneiden. In Münster erwog die CDU/FDP-Mehrheit im Stadtrat sogar schon mehrfach, die Finanzierung der Villa ten Hompel vollständig einzustellen.

Fünftens ist danach zu fragen, welche Rolle die NS-Vergangenheit in den künftigen Erinnerungskulturen der BRD spielen wird. Zum einen zeichnen sich zwar die Konturen eines konsensualen Geschichtsbildes ab, das die Zeit des Nationalsozialismus nicht ausklammert, sondern sie erfolgreich „bewältigt“ in eine neue identifikationsfähige deutsche Basiserzählung integriert. Gleichzeitig haben neue

deutsche Opferdiskurse um Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung an Bedeutung gewonnen, die sich mittelfristig in der Errichtung entsprechender Mahnmale, Gedenkstätten und Dokumentationszentren niederschlagen könnten. Auch in den im Jahr 2005 getroffenen Koalitionsvereinbarungen der in NRW amtierenden CDU/FDP-Regierung ist davon die Rede, die Erinnerung an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs stärker zu fördern, wohingegen die NS-Gedenkstätten in dem Papier unerwähnt bleiben. Obgleich ein am deutschen Opferkult ausgerichtetes geschichtspolitisches roll back gegenwärtig weder auf Bundes- noch auf Landesebene entschieden vorangetrieben wird, zeichnen sich doch deutlich erkennbare Tendenzen zu einer „Entdifferenzierung des Gedenkens“ (Norbert Frei) ab.

Die NS-Gedenkstätten könnten einen Gegenpol zu diesen Entwicklungen bilden. An den authentischen Orten nationalsozialistischer Verbrechen dokumentieren sie die Präzedenzlosigkeit des dort Geschehenen und verschließen sich somit nivellierenden und entdifferenzierenden Deutungsmustern. Während der 1980er Jahre, unter dem Eindruck der von Kanzler Kohl postulierten „geistig-moralischen Wende“, der Bitburg-Affäre (1985) und des Historikerstreits (1986), galten die Gedenkstätten vielen als „Landmarken gegen die Wende-Geschichtsschreibung“ (**Thomas Lutz**) und die daran geknüpften Bemühungen, zu einem „normalisierten“ Umgang mit der NS-Vergangenheit zu gelangen. Diese Einschätzung hat im Grundsatz ihre Gültigkeit nicht verloren. Um jedoch ihre „Widerborstigkeit“ (**Günter Morsch**) zu erhalten, benötigen die Gedenkstätten auch und besonders den Rückhalt und die Unterstützung einer kritischen Zivilgesellschaft. Ein Aufgabenfeld, dem sich die Antifa-Bewegung, in der die NS-Gedenkstätten in den vergangenen Jahren höchstens sporadische Beachtung gefunden haben, in Zukunft verstärkt zuwenden sollte. ★